

Sozialpolitik im Reichstag

Von den Abgeordneten Christine Teusch und Thomas Effer, W. d. W.

I.

Die hinter uns liegende Zeit der dauernden Geldentwertung hat namentlich in ihrem letzten Stadium, als der Sturz unserer Mark ein rasendes Tempo angenommen hatte, das stolze Gebäude unserer sozialen Versicherung und der gesamten Fürsorgemaßnahmen in seinen Grundfesten erschüttert. Es bedurfte äußerster Kraftanstrengung, um wenigstens das Notwendigste vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten. In der Ubergangszeit zwischen dem Höhepunkt der Inflation und der allmählich einsetzenden Wahrung der Währungsstabilität sah sich die Reichsregierung genötigt, auf der Grundlage der ihr vom Reichstag erteilten Ermächtigungen eine Reihe von Verordnungen zu erlassen, die scheinbar schärf angelegten wurden und besonders im Wahlkampf eine große Rolle spielten. Wie wenig alle Parteien des Reichstages mit dem derzeitigen Stand der Sozialversicherung und der Fürsorgemaßnahmen einverstanden waren, zeigte sich in der Heftigkeit von Anträgen, die in den ersten Wochen nach dem Zusammenbrechen des neuen Reichstages eingebracht wurden. Wie immer war auch diesmal festzustellen, daß ein Teil dieser Anträge aus der Absicht verantwortungsloser Agitation heraus geboren wurden. Aber selbst wenn man die Anträge dieser Art in Abzug brachte, blieben von den Parteien, die es ernst mit der praktischen Arbeit auf sozialpolitischem Gebiet nehmen, eine große Anzahl wertvoller Anregungen und Forderungen übrig, die volle Beachtung verdienen. Es ist leider Tatsache, daß die Untersuchungskommission in den verschiedenen Versicherungsarten und Fürsorgemaßnahmen abseits unzureichend sind und einer Erhöhung dringend bedürftig. Um auf diesem Gebiet das Notwendigste bald zu erreichen, trat der Reichsausschuß des Reichstages (für soziale Angelegenheiten) in der jetzigen Reichstagspause zu einer vorläufigen Beratung zusammen.

Der erste Tag der Generalausdebatte über die gesamten Gebiete geschiedet war, welche von den der Erledigung harrenden dringlichsten Anträgen berührt wurden, brachte sowohl von Seiten der Reichsregierung als den Parteien sehr beachtliche Erklärungen zur heutigen Lage der Sozialpolitik. Das Reichsarbeitsministerium war auf die zu erwartenden Angriffe wegen seiner Verordnungen aus dem Winter 1923/24, die denn auch nicht ausblieben und namentlich von kommunistischer Seite in der üblichen leidenschaftlichen Weise geführt wurden, wohl gerüstet. Minister Dr. Trautmann stellte fest, daß die angegriffenen Verordnungen keineswegs den Zweck gehabt hätten, in sozialpolitischer Hinsicht abzuweichen. Sie seien im Gegenteil unbedingt erforderlich gewesen, um von dem Verfallenden das Notwendige zu erhalten. Er schilderte die Verhältnisse in der Ubergangszeit zwischen Inflation und heute und zeichnete ein Bild der wirtschaftlichen Lage, insbesondere der Schlüsselindustrien, das auch den Modifikationen Veranlassung zum Nachdenken darüber gab, ob der Wirtschaft mit den von ihnen gestellten Forderungen nicht vollständig das Genüge getrieben werde. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums bewies an Hand von einwandfreiem Zahlenmaterial, das Umfang und Leistungen in der Sozialversicherung Deutschlands auch heute noch gewaltig groß sind. Versichert sind gegen Krankheit 18 bis 20 Millionen Deutsche, gegen Invalidität und Alter 16 bis 17 Millionen Personen, gegen Unfall 24 Millionen Personen. Der Angestelltenversicherung unterliegen 1,6 Millionen, dazu kommt die knappschaftliche Versicherung der Bergleute mit 450.000 Versicherten. An Renten liefern in der Invalidenversicherung 1,5 Millionen Invalidenrenten, 0,2 Millionen Witwen- und Waisenrenten, 1,25 Millionen Witwenrenten, in der Unfallversicherung eine Million Verletzten- und Hinterbliebenenrenten. Die Versicherungen bedürfen heute an jährlichem Aufkommen

Krankversicherung	750 Millionen Goldmark
Invalidenversicherung	350 Millionen Goldmark
Angestelltenversicherung	110 Millionen Goldmark
Unfallversicherung	110 Millionen Goldmark
zusammen 1320 Millionen Goldmark.	

Zur Invalidenversicherung gewährt das Reich einen Zuschuß von 90 Millionen Goldmark. Im allgemeinen werden die Beiträge sofort in Leistungen umgesetzt. Die Rücklagen sind gering. Nur die Angestelltenversicherung hat einen Beitragsüberschuß, der im allgemeinen in langfristigen Krediten angelegt ist. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wies ferner nach, daß der Unterschied zwischen den Vorkriegsrenten und den heutigen ziffernmäßig nur unwesentlich ist. Freilich müssen die Leistungen der unter dem Druck der Inflation geschaffenen Einheitsrenten, ferner der niedrige Stand der heutigen Löhne und die geringere Kaufkraft der Mark als erschwerend mit in Betracht gezogen werden. Das Reichsarbeitsministerium erkennt die herrschende Notlage durchaus an, muß aber Rücksicht nehmen auf die Finanzlage des Reiches und die schwer beeinträchtigte Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, die größere Belastungen kaum ertragen können. Im übrigen dürfte man die Sozialpolitik nicht allein nach der Höhe der Zahlleistungen beurteilen, sondern man müsse auch den Wert des vorbeugenden Heilversfahrens mit in Betracht ziehen, zumal sich die jährliche Sterblichkeitsziffer infolge von Tuberkulose auf 23 vom Tausend gesteigert habe.

An die Generaldebatte schloß sich in weitestgehender Weiterbildung die Erledigung der dringlichsten Forderungen auf dem Gebiete der Versicherungsleistungen der Erwerbslosenfürsorge und der Fürsorgepflicht nach den Ergebnissen der Verordnung vom 13. Februar 1924 an. Die Vertreter der Zentrumspartei berichteten in voller Würdigung der tatsächlichen Lage, die durch die Generaldebatte eine hinreichende Klärung erfahren hätte, auf alle Anregungen und Anträge, die von verschiedenen den Zielen der Unmöglichkeit ihrer beschleunigten Durchführung trugen. Sie fand

hierbei volle Unterstützung durch die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, der sich die Ausschussmitglieder der Bayerischen Volkspartei, der Christlichsozialen Vereinigung und schließlich auch die Deutschnationalen Volkspartei und die Sozialdemokraten wiederholt angeschlossen. Das Stärkeverhältnis der Parteien im sozialpolitischen Ausschuss hat sich im neuen Reichstag so sehr verschoben, daß für eine Neubesetzung im Sinne einer praktischen sozialpolitischen Arbeit die Möglichkeiten nicht ganz leicht sind. In dem 25-köpfigen Ausschuss ist die Sozialdemokratie mit 6 Mitgliedern, die kommunistische Fraktion mit 2 Mitgliedern und die Nationalsozialistische Arbeitspartei mit 2 Mitgliedern vertreten, während die Deutschnationalen 6, das Zentrum 4, die Christlichsozialen Vereinigung 2, die Deutsche Volkspartei 2, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten je 1 Mitglied stellen. Es zeigte sich bald, daß die Kommunisten und Deutschnationalen in bezug auf agitatorische Behandlung der ersten Probleme die gleiche Taktik verfolgten, und daß die Sozialdemokraten, die an sich durchaus geneigt sind, Sozialpolitik nach den Gesichtspunkten des Erreichbaren zu betreiben, manchmal aus parteitaktischen Gründen gezwungen waren, Rücksicht auf die kommunistische Konkurrenz zu nehmen. Wie weit das Agitationsbedürfnis der Modifikation ging, dafür nur einige Beispiele.

Die Kommunisten forderten Steigerung der Leistungen der Wochenhilfe, die für den einzelnen Entbindungsfall im ganzen über 1100 Mark an Kosten verschiedener Art ausmachten und forderten, als sie gestraft wurden, wie man sich denn die Deckung für solche utopische Leistungen denke, folgenden Antrag:

Die Mittel für die Wochenwochenhilfe werden auf dem Wege der hypothekarischen Belastung analog der Vorschläge der Sachverständigen für die Erfüllung der Reparationskassen von den geschäftlichen Unternehmungen, wie Industrie, Banken, Handel und Verkehr aufgebracht.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter Effer (Zentrum), tat diesen Vorschlag, an den seine Urheber wohl selbst im Ernst nicht glauben, mit der geschäftsvorbereitungsmäßigen nächtlichen Feststellung ab, daß für eine solche Art der Deckungsfrage der Haushaltsausschuß und nicht der sozialpolitische Ausschuss zuständig sei. Bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag betr. Erhöhung der Wochenhilfe fanden sich aber Kommunisten und Deutschnationalen zusammen. Die Kommunisten forderten alle Hilfe vom Reich, das für Reichswehr und Schiffe und Beamtenbesoldungen Geld zum Fenster hinauswerfe. Die Deutschnationalen taten dasselbe und begründeten ihren Standpunkt mit dem Hinweis auf die nach ihrer Ansicht übermäßigen Leistungen an den Reich. Ein Reich und eine Wirtschaft, die bereit seien, die im Sonderverdingungsgesetz geforderten Leistungen an die Militärs zu zahlen, müßte erst für soziale und Fürsorgeweise im Lande selbst das Äußerste leisten. Die Deutschnationalen beantragten eine Verdoppelung der Anwartschaften aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung und verlangten einfach die Aufhebung der dazu nötigen Mittel durch eine entsprechende Erhöhung der Arbeitsverbeiträge. Für eine solche einseitige und utopische Sozialpolitik war die große Mehrheit des Ausschusses nicht zu haben.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Vermischtes

Automobilföhd

Der Chauffeur eines Autobesizers in Stuttgart hatte am Sonntagabend ohne Wissen seines Herrn mit Freunden eine sogenannte Schwarzfahrt ins Remstal unternommen. Bei der Rückfahrt kaufte das Automobil bei Weßlingen gegen einen Kilometerstein und überschlug sich zweimal. Von den Insassen wurde ein Mann auf der Stelle getötet, drei weitere männliche Insassen starben kurze Zeit nach ihrer Einlieferung ins Weßlinger Krankenhaus; drei Begleiterinnen der Schwarzfahrer wurden nur leicht verletzt. — Bei einem Autounfall bei Welp wurden nach einer Meldung aus Bern zwei Personen getötet und drei schwer verletzt. — Auch in der Nähe von Weigoldfeld ereignete sich ein Automobilunfall. Dabei wurden eine Person getötet und sieben schwer verletzt.

† **Riesige Waldbrände in Kalifornien.** In Kalifornien wütet augenblicklich der größte Waldbrand, der dort je vorgekommen ist. 30 Kilometer weit zieht der Nationalpark in Flammen. Im ganzen Staat werden nicht weniger als 700 Brandherde in den Wäldern gemeldet.

† **Uberschwemmungskatastrophe in China.** Wie aus Peking gemeldet wird, ist die Stadt Kalgan im Norden von Peking durch eine Überschwemmung des Jangtseflusses teilweise zerstört. Hunderte von Häusern sollen unter dem Druck der hereinbrechenden Wassermassen zusammengedrückt sein.

† **Ein Mord aus Mitleid.** Der polnische Schriftsteller Jean Sosnowski, der sich seit einigen Monaten in Paris befindet, um sich einer schweren Operation zu unterziehen, wurde im Hospital von seiner Frau durch einen Revolvererschuß getötet. Sosnowski litt an Leberkrebs, seine Krankheit war von den Ärzten als unheilbar erklärt worden, und so tötete gestern Frau Sosnowski ihren Mann aus Mitleid, um seine Leiden zu verkürzen.

— **Neue Petroleumfontänen im Kaukasus.** Aus Grosny kommt die interessante Nachricht, daß in der letzten Woche des Juni drei neue Petroleumquellen angebohrt worden sind. Diese drei neuen Quellen geben einen Ertrag von 183.000 Kub (ca. 7 Millionen deutsche Pfund) am Tage. Zusammen mit den in Grosny schon vorhandenen Erträgen anderer Quellen beträgt die Kaphazzeugung des ganzen Gebietes über 10 Millionen Kub — ca. 400 Millionen deutsche Pfund im Monat.

— **Ein Millionär, der vor der Welt flüchtet.** Einer Plättchenmeldung aus London zufolge hat der in Osaka wohnhafte Millionär Yamaguchi Gend seine ganzen Geschäfte an seine Angehörigen übertragen und sich in eine kleine Hütte am Fuße eines Berges zurückgezogen, wo er über die Vergänglichkeit des menschlichen Reichturns nachdenken will. Gleichzeitig hat er 3 1/2 Millionen Yen für soziale und wohltätige Zwecke gestiftet. Yamaguchi hat sein Geschäft vor 50 Jahren mit zwei Yen „Vermögen“ angefangen. Im Laufe der Jahre hat er bereits etwa 3 Millionen Yen für Wohlfahrtszwecke gespendet.

— **Ein Gelehrtenstreit.** Die Juristen in mittleren Jahren werden sich gern noch des originellen Extraordinarius Heinrich Professor Dr. Freyherren v. Wümmel an der holländischen Alma Mater erinnern. Eines Tages erzählte er im Kolleg: Ist da ein Kollege, ein Psychiater, einassistiert bei uns und hat mit Besuch gemacht; meine Frau hat mir die Adresse aufgeschrieben, und ich ziehe also los. Da hinten im Professorenviertel, Sie wissen ja Bescheid, meine Herren. Ich klinge an der Tür, ich warte, ich drücke... kommt keiner. Da entdrehte ich, daß groß und breit über dem Klingelknopf die Mahnung angebracht ist: Ziehen. Also ziehe ich, ziehe aus Leibesträften, aber es meldet sich kein dienstbarer Geist zum Türöffnen. Ich reiche die halbe Klingel aus der Hand. Auf einmal klopf mir einer auf die Schulter und sagt: Mensch was machen Sie denn da? — Das sehen Sie ja; ich ziehe. — Aber warum denn nur? — Na, weil es hier steht. — Wo denn? — Da, können Sie denn nicht lesen? — Ach ja. Aber das bin ich ja; ich heiße Ziehen — Georg Theodor Ziehen! — Und ich heiße Wümmel. — Na, denn kommen Sie man hinten zum, Herr Kollege; die Klingel is na kaputt.

Der 10. deutsche Sender

Ursprünglich waren für den deutschen Rundfunkbetrieb im ganzen neun Sender in Aussicht genommen, nämlich Berlin, Leipzig, Breslau, München, Stuttgart, Frankfurt, Münster, Hamburg und Königsberg. Mit Ausnahme des Münchener Senders, der in etwa drei Wochen dem Betrieb übergeben werden soll, sind die genannten Stationen bereits tätig. Die Hoffnung, daß mit Hilfe der genannten neun Sender, die alle eine Reichweite von 150 Kilometer haben, alle Orte des Deutschen Reiches in der Lage sein werden, Darbietungen der einen oder anderen Sendestation aufzunehmen, hat sich nicht restlos erfüllt, vor allem, weil sich die Energie der im Betrieb befindlichen Sender als zu gering erwiesen hat, um auch solchen Orten einen guten Empfang zu bieten, die an der Peripherie der Reichweite liegen. Hier müssen teilweise schon sehr empfindliche Apparate aufgestellt werden, um die schwachen Wellen aufzunehmen. Teuerartige Apparate sind sehr kostspielig und stehen aus diesem Grunde der wünschenswerten Ausbreitung des Rundfunks im Lande im Wege. Das Bedürfnis nach neuen Sendern hat sich aber seit langem geltend gemacht. Die Reichsregierungsverwaltung ist aber Anregungen und Vorschlägen dieser Art stets mit größerer Zurückhaltung gegenübergetreten, und dies wohl nicht zuletzt deshalb, weil selbst heute noch die Ansichten über die beste Organisation des Rundfunks im Reich nicht ganz einheitlich sind. Der Betrieb zahlreicher Einzelstationen ist mit erheblichen Kosten verknüpft, die in der Hauptsache von den verhältnismäßig sehr geringen Gebühren der Rundfunkteilnehmer aufgebracht werden müssen. Rentabler wäre eine einzige oder einige wenige große Sendestationen, die beträchtliche Reichweiten hätten und deren Unterhaltungskosten relativ gering wären. In dieser Beziehung sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen. Der Bauauftrag auf drei große Funkkilowatt-Stationen läßt aber darauf schließen, daß die letzte Entscheidung wohl im Sinne einiger weniger, aber um so größerer Sendestationen fallen wird. Allerdings wird dabei die praktische Erfahrung nicht unberücksichtigt bleiben dürfen, so daß man in jedem Falle noch mit einer längeren Ubergangszeit wird rechnen müssen, bis der Organisationsplan als endgültig betrachtet werden darf. Bis dahin dürfen berechnete Ansprüche solcher Rundfunkteilnehmer, die bei der jetzigen Organisation aus obengenannten Gründen schlecht versorgt sind, der Erfüllung entgegengeführt werden, und zwar durch Aufstellung von Relais- oder Zwischenstationen. Der erste Sender dieser Art wird jetzt in Nürnberg in Betrieb genommen, und zwar als Relaisstation des Münchener Senders. Die Darbietungen des Münchener Senders werden auf dem Traktwege nach Nürnberg übertragen und hier von einem Sender mit der üblichen Antennenleistung von einem Kilowatt in den weiter angestrahlt. Allerdings hat man hier logische Besorgnis für die Zukunft getroffen, indem alle Einrichtungen für eine spätere Selbständigmachung des Nürnberger Senders vorgesehen sind. Wenn dieser Zeitpunkt eintreten wird, läßt sich allerdings nicht voraussagen, da viel von der Entscheidung des Münchener Senders abhängig ist, der heute leider noch nicht allen an ihn zu stellenden Ansprüchen genügt. Dies liegt in der Hauptsache an den örtlichen Verhältnissen, die es mit sich bringen, daß besonders die Gebirgsgegenden einen schlechten Empfang aufweisen. Wobens in den Tälern fällt der Empfang, wenigstens zu gewissen Tageszeiten, fast völlig aus, so daß nicht selten andere deutsche Sender an diesen Orten besser gehört werden als die Münchener Station. Dieser Schwierigkeiten wird man voraussichtlich nicht anders Herr werden können als durch Vergrößerung der Sendeleistung des Münchener Senders oder durch Aufstellung weiterer Zwischenstationen.

Meeresleuchten

Wer heute das Glück hat, eine kleine oder größere Radereise unternommen zu können, sei es an dem Strand der Ost- oder Nordsee oder gar an das Mitteländische Meer und an die Adria, der hat sicher Gelegenheit, eine der schönsten und eigenartigsten Naturerscheinungen, das sogenannte Meeresleuchten, zu beobachten. Wie allgemein bekannt, hängt die Färbung des Meeres eng mit der Farbe des Himmels zusammen. Ist der Himmel tiefblau und klar, so zeigt das Meer dieselbe Farbe. In südlichen Gegenden, wie z. B. Südfrankreich, Italien und auf dem Vulkan, wo das schöne, klare Wetter vorherrscht, ist, zeigt das Meer eine wundervoll tiefblaue Farbe. Die Farben des „Roten Meeres“ und des „Gelben Meeres“ in China haben dagegen mit der Färbung des Himmels nichts zu tun. Sie rühren vielmehr, wie neuere wissenschaftliche Forschungen ergeben, von pflanzlichen und tierischen Gebilden her, die im Wasser entstanden sind und ihm die eigenartige rötliche beziehungsweise gelbliche Färbung geben.

Das Meeresleuchten ist auf bestimmte pflanzliche und tierische Gebilde zurückzuführen. Zu den ersteren gehört eine Algenart, genannt *Ocellularia phosphorica*, ferner eine Art *Peridinium*. Diese Pflanzen strömen eine leichte Leuchtsubstanz aus, die in besonders dunklen Nächten bemerkbar wird. Aber noch viel stärker und intensiver ist die Leuchtsubstanz von tierischen Gebilden. Es sind dies ganz kleine, runde, weißliche Leuchtorganismen von etwa 1 Millimeter Durchmesser, die zur Gattung der Diatomeen gehören. Diese Tierchen, die in ungezählten Milliarden die Oberfläche des Meeres bedecken, leuchten im hellsten und stärksten Lichte hauptsächlich bei bewegtem Wellengang oder an Stellen, die ein Schiff durchfurcht hat. Der Leuchteffekt ist ungeschwer groß, und je tropischer das Meer, desto feuriger und prächtiger die Wirkung. Der geschickteste Pyrotechniker kann sie sich nicht teurer ausdenken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Josef Albert Dresden. — Für den Anzeigenteil: Josef Kohnmann, Dresden.



Prominente Teilnehmer am Londoner Kongress.

Stehend von links nach rechts: Rollet (Frankreich), Young (Amerika), Hughes (Amerika), MacDonald (England), Clement (Frankreich), St. Kulaize (Frankreich), Doughton (Amerika), Hayashi (Japan), Mautelaire (Frankreich).
Sitzend von links nach rechts: Theunis (Belgien), Pymans (Belgien), de la Torreita (Italien), Serriot (Frankreich), de Roca (Italien).